

INHALT

1. CDU-Fraktion wird Untersuchungsausschuss zum Friesenhof beantragen
2. Koalitionsausschuss: SPD, Grüne und SSW machen mit Blick auf das Wahljahr 2017 mehr Schulden
3. Studt schickt „seine“ Mitarbeiter vor, um Polizei-Entscheidungen zu verkünden
4. CDU-Fraktion bringt Gesetzentwurf zur Entlastung des Mittelstandes ein
5. Weniger Lehrkräfte in Schleswig-Holstein
6. EU-Kommission leitet Pilotverfahren gegen Bundesländer wegen Glücksspielstaatsvertrag ein
7. CDU begeistert von Studierendenprojekt der CAU
8. Am Sonntag ist Tag des Offenen Landeshauses

10.07.2015

CDU-Fraktion wird Untersuchungsausschuss zum Friesenhof beantragen
Barbara Ostmeier soll Vorsitzende des PUA werden



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Am vergangenen Freitag hatte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, es bereits angekündigt: In dieser Woche sprachen sich die Abgeordneten der CDU-Fraktion in ihrer Sitzung für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses aus.

„Das Parlament muss die Heimaufsicht vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu gehört an erster Stelle die Klärung der Frage, wie die Zustände im Friesenhof so lange fortbestehen konnten. Und dann müssen aus diesem Fall die richtigen Lehren gezogen werden. Das sind wir den Kindern in staatlicher Obhut schuldig“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther.

Während der Woche gab es weitere Medienberichte über immer neue Erkenntnisse. So soll in Flensburg eine Betreuungsgruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gegen den ausdrücklichen Rat der pädagogischen Fachleute im Ministerium genehmigt worden sein. Weiter hieß es, dass eine weitere Einrichtung in Dithmarschen vom Kreisjugendamt keine Kinder mehr zugewiesen bekommt. Dies soll im Ministerium bekannt sein. Unklar ist, was das Ministerium daraufhin veranlasst hat. Seit Anfang des Jahres müssen die Mitarbeiter laut Medienberichten alle Beschwerden aus Heimen und Wohngruppen in eine Datenbank eintragen.

CDU-Sozialexpertin Katja Rathje-Hoffmann bezeichnete es als unvorstellbar, das all dies allein auf der Fachebene bekannt gewesen sein soll: „Wofür gibt es in diesem Ministerium eigentlich Vorgesetzte? Da hat jede Kontrolle versagt“, sagte sie.

Auch die ersten Personalien im Hinblick auf die Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat die CDU-Fraktion beschlossen.

Sie schlägt die Juristin Barbara Ostmeier als Vorsitzende vor. Obfrau soll Heike Franzen werden und weiteres Mitglied Katja Rathje-Hoffmann.

Koalitionsausschuss: SPD, Grüne und SSW machen mit Blick auf das Wahljahr 2017 mehr Schulden CDU: Zerstörtes Vertrauen kann man nicht zurück kaufen



Daniel Günther und Ingbert Liebing

Wie erwartet hat der Koalitionsausschuss von SPD, Grünen und SSW in dieser Woche zusätzliche Ausgaben beschlossen: Im kommenden Jahr sind es etwa 17 Millionen Euro, im Wahljahr 2017 werden 48 Millionen mehr ausgegeben. Und im Jahr nach der Wahl summieren sich die Beschlüsse auf 52 Millionen Euro. Diese Ausgaben werden komplett durch zusätzliche Schulden finanziert.

Der teuerste Posten ist der von SPD-Chef Stegner durchgesetzte Einstieg in die Befreiung der Eltern von den KiTa-Gebühren. Beginnend am 01. Januar des Landtagswahljahres 2017

bekommen Eltern unter dreijähriger Kinder unabhängig von ihrem Einkommen pro Monat 100 Euro, wenn sie ihr Kind in eine Krippe geben. „Ausgerechnet Herr Stegner will mit seinem KiTa-Geld Millionäre und Hartz IV - Empfänger in gleicher Höhe entlasten. Auf diese Debatte freue ich mich“, sagte der CDU-Landesvorsitzende Ingbert Liebing in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem Landtagsfraktionsvorsitzenden Daniel Günther dazu.

Dem in den vergangenen Monaten deutlich gestiegenen Druck der Opposition im Hinblick auf die Mittel für die Hochschulen gaben SPD, Grüne und SSW nach. Im kommenden Jahr erhalten die Hochschulen zehn Millionen Euro zusätzlich, in den folgenden Jahren wird die Grundfinanzierung um je fünf Millionen angehoben. Noch in der Sitzung des Bildungsausschusses hatten die Hochschulen mindestens 30 Millionen Euro zusätzlich für unbedingt notwendig erachtet, um Zugangsbeschränkungen wie den numerus clausus vermeiden zu können. Dies hatte die CDU-Fraktion auch mit einem – gegenfinanzierten - Änderungsantrag zum Haushalt gefordert.

Günther betonte vor diesem Hintergrund, die Mittel für die Hochschulen kämen angesichts der doppelten Abiturjahrgänge viel zu spät und seien ohnehin zu niedrig. „Der Bund überweist 36 Millionen Euro im Jahr an Frau Heinold, um die Hochschulen zu entlasten. SPD, Grüne und SSW bezahlen davon ihren Einheitslehrer, und die Hochschulen werden auch nach diesen Beschlüssen mit einem Bruchteil davon abgespeist“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Allerdings zeigten sich die versammelten Hochschulrektoren auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Wissenschaftsministerin ausgesprochen dankbar über die bewilligte Summe.

Einige der beschlossenen Maßnahmen seien von der CDU-Fraktion seit langem in den jährlichen Haushaltsberatungen gefordert und durch die Regierungskoalition immer abgelehnt worden. „Weil SPD, Grüne und SSW bislang falsche Prioritäten gesetzt haben, müssen sie diese nun durch zusätzliche Schulden finanzieren“, so Günther.

Liebing und Günther stellten fest, dass es sich bei den Maßnahmen offensichtlich um den Versuch von SPD, Grünen und SSW handle, zerstörtes Vertrauen zurück zu kaufen. Auffallend sei, dass ausgerechnet die schwächsten Kabinettsmitglieder nun mit zusätzlichen Millionen bedacht würden. „Je schwächer ein Minister in dieser Regierung arbeitet, desto mehr Geld stellen SPD, Grüne und SSW zur Verfügung. Dadurch wird auch noch die Finanzministerin weiter runter gezogen, weil sie durch abenteuerliche Gesetzesänderungen neue Schuldenspielräume schaffen muss“, sagte Liebing.

Die Kommentare in den Medien über die Beschlüsse waren denn auch ziemlich eindeutig. Nachstehend zwei Beispiele:

Kommentar in den Kieler Nachrichten:

<http://www.kn-online.de/Kommentare/KN-Kommentare/Ulf-B.-Christen-zum-Krippen-Geld>

Kommentar im SHZ:

<http://www.shz.de/schleswig-holstein/meldungen/krippengeld-und-hochschulfinanzierung-die-koalition-in-sh-zockt-mit-dem-glueck-id10167906.html>

Studt schickt „seine“ Mitarbeiter vor, um Polizei-Entscheidungen zu verkünden Pressekonferenz zu Polizeistrukturen wirft neue Fragen auf



Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

In einer Pressekonferenz erklärten Landespolizeidirektor Ralf Höhs und der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Jürgen Muhlack am Donnerstag dieser Woche die anstehenden Umstrukturierungen bei der Polizei – insbesondere der Wasserschutzpolizei. Sie sind Folge der im Dezember vergangenen Jahres von Innenminister Stefan Studt getroffenen Entscheidungen zur Umsetzung der Kürzung von 122 Stellen. Auf die Frage von Journalisten, weshalb der Innenminister nicht selbst Rede und Antwort stehe, antwortete Muhlack: „Weil es im Wesentlichen nichts Neues mitzuteilen gibt“. Das allerdings darf bezweifelt werden.

So hat – laut den Aussagen seines Abteilungsleiters - Minister Studt entschieden, dass die ursprünglich zehn vorgesehenen Stellenstreichungen im Bereich der spezialisierten Verkehrsüberwachung nicht durchgeführt werden. Wo sie stattdessen eingespart werden sollen, wurde nicht gesagt. Allerdings wurde erneut bestätigt, dass 122 Stellen gestrichen werden. Der Abbau soll zum Einen durch die Auflösung der Big Band, im Bereich der Verkehrslagebilderstellung und durch eine Auslagerung der IT stattfinden. Die größte Stellenstreichung erfährt mit 62,5 allerdings die Wasserschutzpolizei. In der Folge werden im Land zwischen den Meeren von bisher sechs Revieren drei aufgelöst, oder nur noch stundenweise besetzt sein.

CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein sagte dazu: „Das sind 25 Prozent der Stellen. Dabei werden von 124 gesetzlichen Aufgaben nach Aussagen des Innenministeriums nur vier wegfallen. Das passt nicht zusammen“.

Überrascht hat auch die Aussage, wonach für die Betreuung der Erstaufnahmeeinrichtungen der Flüchtlinge ein Bedarf in Höhe von 46 Stellen ermittelt worden sei. Dieser wurde laut Aussage des Abteilungsleiters „hinterlegt und könne gedeckt werden“. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf einen in der vergangenen Landtagssitzung von SPD, Grünen und SSW gefassten Beschluss, wonach die Polizei für zusätzliche Aufgaben zusätzliche Stellen bekommen solle. Es sei eine Interpretationsfrage, ob tatsächlich zusätzliche Stellen zugewiesen würden. „Weshalb schickt der Innenminister einen Beamten mit so einer Aussage vor die Medienvertreter? Gibt es die Stellen, oder reißt diese zusätzliche Aufgabe ein weiteres Loch in den Stellenplan? Diese Frage muss der Minister seiner Polizei und der Öffentlichkeit beantworten“, forderte Bernstein.

Der CDU-Innenexperte bezeichnete es vor diesem Hintergrund als unanständig vom

Innenminister, seine Mitarbeiter in so eine Pressekonferenz zu schicken. „Die entscheidenden Fragen konnten die beiden Beamten heute nicht beantworten, weil sie die Entscheidungen nicht treffen können. Will oder kann der Innenminister sein Chaos nicht selbst erklären?“, fragte Bernstein.

CDU-Fraktion bringt Gesetzentwurf zur Entlastung des Mittelstandes ein Unter SPD, Grünen und SSW fällt Schleswig-Holstein wieder zurück



CDU-Wirtschaftspolitiker Johannes Callsen

Die Konjunktur in Deutschland und damit auch im nördlichsten Bundesland läuft gut. Nach Ansicht des CDU-Wirtschaftsexperten Johannes Callsen werden dadurch noch die Auswirkungen der mittelstandsfeindlichen Gesetzesinitiativen von SPD, Grünen und SSW überlagert.

Die Wirtschaftsindikatoren sprechen allerdings eine deutliche Sprache: So ist die Zahl der Unternehmensansiedlungen das zweite Jahr in Folge gesunken, gleichzeitig gingen die Investitionen der Betriebe im Land deutlich zurück. Die wichtigsten Standortfaktoren, wie die Verfügbarkeit von Facharbeitern, Kosten für Personal und Energie, die Bereitstellung einer gut ausgebauten Infrastruktur von Straßen und Breitband, sowie die zunehmende Bürokratie und die wenig ausgeprägte Unternehmerfreundlichkeit der Verwaltung würden in Umfragen zunehmend kritischer gesehen.

Vor diesem Hintergrund hat Callsen einen Gesetzentwurf zur Entlastung des Mittelstandes eingebracht, der in der kommenden Woche erstmals im Landtag beraten wird. „Die CDU will mit ihrem Gesetzentwurf die Rahmenbedingungen wieder verbessern und so neues Vertrauen in den Standort Schleswig-Holstein schaffen“, sagte Callsen.

Mittelstandsförderung sei weit mehr als die öffentlichkeitswirksame Übergabe von Schecks, betonte der Wirtschaftsexperte. Nötig sei ein integrativer Politikansatz. Dieser reiche von Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung an den Schulen über die bessere Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur und die Erleichterung der Ausweisungen von Gewerbeflächen, bis hin zur Entlastung von Bürokratie.

„Die CDU will ein schlankes und faires Vergaberecht, sie will Bürokratie abbauen, sie will die Integration von Migranten in den mittelständischen Arbeitsmarkt, sie will eine attraktive Ausbildung und nicht jeden ohne Noten bis zum Abitur schleppen. Leistung soll sich lohnen.“

Handwerk und Mittelstand sind die starken Säulen dieser Gesellschaft, an die SPD, Grüne und SSW die Axt angelegt haben“, so der CDU-Wirtschaftsexperte.

Zu dem Gesetzentwurf gibt es ein Eckpunktepapier mit Hintergrundinformationen:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/15-07-08eckpunkte-mittelstand.pdf>

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3191.pdf>

Weniger Lehrkräfte in Schleswig-Holstein

CDU: Bildungspolitik der Albig-Regierung verschärft Unterrichtsausfall



CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen

Die Zahl der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein ist im vergangenen Jahr um 177 zurück gegangen. Das gab das Statistikamt-Nord in dieser Woche bekannt.

Nach Einschätzung von CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen muss sich auch der Unterrichtsausfall im vergangenen Jahr noch einmal verschärft haben. So geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage Franzens hervor, dass 240 Lehrerplanstellen derzeit nicht besetzt sind.

„Hinzu kommt, dass hunderte Lehrerstellen zur Einführung des von SPD, Grünen und SSW gewollten Einheitslehrers und für die Einführung neu genehmigter Kleinstoberstufen umgeleitet wurden. Die Lehrer fehlen jetzt an anderen Schulen“, so Franzen.

Die CDU-Bildungspolitiklerin machte darauf aufmerksam, dass die Haushaltsanträge ihrer Fraktion im Ergebnis eine deutliche Verbesserung der Unterrichtssituation ermöglicht hätten. „SPD, Grüne und SSW setzen andere Prioritäten. Für sie steht die Durchsetzung der Einheitsschule an erster Stelle. Dann erst geht es um die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls“, so Franzen.

Hier der Link zum Bericht des Statistikamtes Nord:

http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI15_100.pdf

EU-Kommission leitet Pilotverfahren gegen Bundesländer wegen Glücksspielstaatsvertrag ein Arp: Kaum eine schlimmere Klatsche denkbar



Hans-Jörn Arp

Das Schreiben an die Bundesländer hat gerade einmal sieben Seiten, aber die haben es in sich: Die EU-Kommission leitet ein Pilotverfahren – die Vorstufe eines Vertragsverletzungsverfahrens - wegen des geltenden Glücksspielstaatsvertrages ein. Bis Anfang September haben die Bundesländer Zeit, die von der Kommission in diesem Brief gestellten Fragen zu beantworten. Dabei geht es längst nicht mehr ausschließlich um die Erläuterung von Regelungen. Ein Beispiel: „Welche Schritte werden die deutschen Behörden unternehmen, um das gegenwärtig fortdauernde unionsrechtswidrige Sportwettenmonopol unverzüglich zu beenden?“

„Wer die üblicherweise diplomatischen Formulierungen der EU kennt, der weiß, dass es kaum eine schlimmere Klatsche geben kann. Die Frage, ob die von den Bundesländern zu verantwortende Regelung rechtswidrig ist, wird überhaupt nicht mehr gestellt“, sagte dazu der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp.

Die Kommission stelle zu Recht fest, dass 90 Prozent des Sportwettenumsatzes in Höhe von 3,8 Milliarden Euro derzeit im nicht regulierten Online-Angebot stattfänden. Vor diesem Hintergrund sei das mit dem Glücksspielstaatsvertrag verfolgte Ziel, das Spiel zur Sicherstellung von Spielerschutz und Suchtprävention in geregelte Bahnen zu lenken, offensichtlich gescheitert.

Er forderte die Ministerpräsidenten der Länder auf, nicht länger an diesem zu Lasten der Suchtprävention und des Spielerschutzes gehenden Vertrag festzuhalten.

„Dieser Glücksspielstaatsvertrag ist von deutschen und europäischen Gerichten in der Luft zerrissen worden. Jetzt zieht die EU-Kommission nach. Ein Vertragsverletzungsverfahren würde die Ministerpräsidenten endgültig bis auf die Knochen blamieren. Unser Gesetz ist von der EU-Kommission notifiziert worden und hat sich in der Praxis bewährt. Die Länder wären gut beraten, es zu übernehmen“, sagte der CDU-Abgeordnete.

Hier ein Artikel im SHZ zum Thema:

<http://www.shz.de/schleswig-holstein/politik/eu-zerpflueckt-gluecksspielvertrag-der-bundeslaender-id10167911.html>

CDU begeistert von Studierendenprojekt der CAU

Politikseminar „Demokratiereform in Schleswig-Holstein?“ präsentiert Ergebnisse



Die Fraktionsspitzen des Landtages mit Studierenden der CAU

Während sich der Innen- und Rechtsausschuss mit dem Thema Wahlbeteiligung befasst, stellten Studierende der Christian-Albrechts-Universität am Mittwoch im Kieler Landeshaus ihre Bewertungen und Analysen zweier Landtagsanträge vor. Ein Antrag stammt aus der Feder der CDU und den Regierungsfractionen; den anderen hatten die Piraten in den Landtag eingebracht. Ende letzten Jahres diskutierte der Landtag über die darin enthaltenen Vorschläge, wie die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein gesteigert werden könne.

Für die CDU-Fraktion nahm Fraktionschef Daniel Günther an der Präsentation der Studienarbeiten teil und zeigte sich begeistert vom Einsatz und der Professionalität der Studierenden. „Ich bin sehr beeindruckt von der Arbeit der Politikstudierenden, vor allem wie tiefgründig sie sich mit den beiden Anträgen zur Steigerung der Wahlbeteiligung auseinandergesetzt haben.“

Die Idee zu den Projektarbeiten, die im Rahmen eines Hochschulseminars an der CAU entstanden sind, hatte der Politikwissenschaftler und Dozent Dr. Wilhelm Knelangen, dem Günther dafür auch persönlich dankte.

Am Sonntag ist Tag des Offenen Landeshauses

Auch die CDU-Landtagsfraktion freut sich auf Besucher

Am kommenden Sonntag, den 12. Juli, öffnet das Landeshaus für Besucher seine Türen. Von 10:00 – 18:00 Uhr bieten Landtagsverwaltung und die Fraktionen ein buntes Programm.

Im zweiten Stock freut sich die CDU-Fraktion auf Besucher. Fast alle Abgeordnete nehmen an dem Programm teil. Die Büros des Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther und des Parlamentarischen Geschäftsführers Hans-Jörn Arp stehen den ganzen Tag offen. Beide werden auch vor Ort sein – außer, wenn sie sich in einer der zahlreichen angebotenen Talkrunden den Fragen der Gäste stellen – entweder im Fraktionssitzungssaal, oder im Plenarsaal.

Zwischen den Talkrunden können sich die Gäste am XXL-Kicker im Fraktionssitzungssaal mit Abgeordneten messen. Und für Kinder wird in Raum 232 ganztägig Schminken angeboten.

Hier die Termine und Themen der Talkrunden im Fraktionssitzungssaal der CDU, das Gesamtprogramm finden Sie unter nachstehendem Link:

11:30 – 11:50 Uhr: Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp: „Verkehrsstaus, marode Straßen, stockende Großprojekte – wie kann sich Schleswig-Holstein richtig aufstellen?“

12:30 – 12:50 Uhr: Sozialexpertin Katja Rathje-Hoffmann: „Was muss sich in Schleswig-Holstein bewegen? Von der KiTa bis zur Pflege“

13:30 – 13:50 Uhr: Ingbert Liebing, MdB und Finanzexperte Tobias Koch: „Was tut der Bund für Schleswig-Holstein? - Greifen die Unterstützungsprogramme aus Berlin?“

14:30 – 14:50 Uhr: Fraktionsvorsitzender Daniel Günther: „Wie bringen wir Schleswig-Holstein voran?“

Allgemeine Informationen zum Tag der offenen Tür finden Sie hier:

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/aktuell/veranstaltungen/offene-tuer/TagderoffenenTuer_Broschuere_.pdf

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de